


A portrait of Othmar Karas, the first vice president of the European Parliament. He is a middle-aged man with thinning hair, wearing glasses, a white button-down shirt, and a blue suit jacket. He is standing in front of a concrete pillar and a wooden door. His hands are clasped in front of him. A small European Union flag pin is visible on his jacket.

POLITIK UND WISSENSCHAFT. Der Erste Vizepräsident des Europaparlaments Othmar Karas (ÖVP) und Migrationsforscherin Judith Kohlenberger stimmen überein: Eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik in Europa wäre leichter umsetzbar, als viele denken

A portrait of Judith Kohlenberger, a woman with long brown hair, wearing a dark blazer over a white turtleneck sweater and dark pants. She is standing with her arms crossed, smiling slightly, against a background of a modern interior with concrete pillars and a dark wall.

„Der Wille zur gemeinsamen Lösung war schwächer als der Wille zur Polarisierung“

Ein gemeinsames europäisches Asyl- und Migrationsrecht wäre leichter umzusetzen, als viele denken, sagen EU-Politiker **Othmar Karas** und Migrationsforscherin **Judith Kohlenberger**. Sie haben gemeinsam ein Buch mit Lösungsvorschlägen herausgegeben. Die meisten Parteien könnten sich auf diese wohl rasch einigen

Von Renate Kromp, Fotos: Ricardo Herrgott

Für das Buch „So schaffen wir das“ haben Sie Beiträge von Expertinnen und Experten zum Thema Flucht und Migration gesammelt. Egal, wo diese ideologisch stehen mögen, die Lösungsansätze sind nahezu gleich. Wären die Probleme rund um das Thema also leichter lösbar, als es oft scheint?

Kohlenberger: Das ist ein häufiges Phänomen. Wenn man auf der Sachebene landet, wird man feststellen, dass es neben Dissens in Details sehr viel Konsens im Großen gibt. Wir haben aus dem Buch fünf Forderungen abgeleitet – einheitliches EU-Asylverfahren und legale Fluchtwege; ein Grenzmanagement, das den Grund- und Menschenrechten verpflichtet ist; faire Verteilung der Geflüchteten auf die Mitgliedstaaten; Hilfe vor Ort; eine geordnete Zuwanderung von Arbeitskräften, die nicht über die Asylschiene läuft – und diese stehen bei den meisten Akteuren eigentlich außer Frage. Dieses Buch bildet ab, was wir brauchen: die Möglichkeit, sich auszutauschen, zuzuhören, nicht nur selbst zu reden, sondern auch die Beiträge der anderen wahrzunehmen, um zu einer gemeinsamen Ableitung zu kommen. Es ist ein Konsens möglich, was eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik betrifft, die Chancen für die Aufnehmenden, also die EU, aber auch für Ankommende bringt.

Herr Karas, nach der Flüchtlingskrise 2015 hieß es, so etwas dürfe nie wieder passieren. Heute scheint es, dass nichts passiert ist. Woran scheitert es – an der Politik?

Karas: Seit 2015 sind wir in einer Situation, wo die Überfremdungsängste zugenommen haben, ja geschürt wurden von skrupellosen Vereinfachern und hemmungslosen Nationalisten. Der Wille zur gemeinsamen Lösung war

schwächer als der Wille zur Polarisierung. Es ist ein Versagen der politischen Mitte, dass sie primär nach rechts und links blinkt und zunehmend die Rezepte der Extremen übernimmt. Mein Ansatz von Politik ist, dafür Sorge zu tragen, dass man zu Lösungen kommt. Ich habe eine Gesprächsrunde zusammengestellt, habe zugehört und Fragen gestellt. Es war gar nicht klar, dass das ein Buch wird. Ich habe dabei Bestätigung gefunden, dass wir der Lösung näherkommen, wenn man das Thema nicht ausschließlich dem tagespolitischen Hickhack überlässt.

Dennoch bestimmt die Tagespolitik dieses Thema, weil man sieht, damit kann man Wahlen gewinnen.

„Bei diesem Thema kann es nicht nur darum gehen, die Meinung des Volkes abzubilden oder im Negativen zu bestärken

“

Karas: Dieses Buch ist ein Aufruf an die Mehrheit zusammenzuarbeiten, statt sich mit Einzelinteressen und Schuldzuweisungen zu profilieren. Es gibt bei diesem Thema keine nationale Antwort und keine parteipolitische Antwort. Es gibt nur eine gemeinsame europäische Antwort, wie bei allen Fragen, die ein Staat alleine nicht lösen kann. Die Politik hat sich allerdings zunehmend darauf verlegt, den persönlichen Vorteil, die Meinungsumfrage und die nächste Wahl im Fokus zu haben. Das führt zu Spaltung. Ich bin der Auffassung, dass Politiker vor der Geschichte zu bestehen haben und nicht nur vor dem nächsten Wahltag. Ich glaube, dass man Grenzen am leichtesten überwindet, indem man sich

zusammensetzt und an Lösungen arbeitet. Wenn wir das tun und unsere Erfahrungen einbringen, haben wir sofort ein gemeinsames Asyl- und Migrationsprogramm für Europa. Man braucht dabei nicht einmal etwas Neues, man braucht Bereitschaft zur Differenzierung – etwa zwischen Asyl und Migration. Und dann sollten wir einfach tun, wozu wir uns schon verpflichtet haben: Ein Teil der Krise ist die Tatsache, dass wir bestehendes Recht nicht einhalten. Stichwort: Resettlement und Menschenrechtskonvention.

Spätestens seit Corona besteht der Wunsch, dass öfter Expertinnen die Politik beraten. Geschieht das in Ihrem Fachbereich?

Kohlenberger: Ich muss sagen, als Wissenschaftlerin reagiert man zunächst abwartend, welche Interessen ein Politiker hat, der gemeinsam etwas machen will. Gerade bei so aufgeladenen Themen wie Migration, Corona oder Klimakrise haben viele von uns die Erfahrung gemacht, dass man sehr leicht instrumentalisiert wird. Wenn man etwas sagt, das zur Parteilinie passt, wird man gehört, wenn nicht, dann nicht. Bei kaum einem anderen Thema als der Migration klaffen Rhetorik und Realität so weit auseinander. Auf EU-Ebene geben Politiker vor, an Lösungen zu arbeiten, dann fahren sie zurück ins jeweilige Mitgliedsland und wissen, dass man dort aus der ungelösten Migrationsfrage politisches Kapital schlagen kann.

Dabei wird ausgeblendet, dass es bei diesem Thema nicht nur darum gehen kann, die Meinung des Volkes abzubilden oder sogar im Negativen zu bestärken, sondern darum, positiv meinungsbildend zu wirken. Die großen Krisen unserer Zeit lassen sich nur lösen, wenn wir zu einem verschränkten Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft kommen und lösungsorientiert vorgehen.

Kann man die widerstreitenden Interessen der EU-Länder z. B. beim Grenzschutz oder der Verteilung von Flüchtlingen überhaupt in Einklang bringen?

Karas: Es gibt keine gegenteiligen Interessen, weil globale Krisen nie nur ein Mitgliedsland alleine betreffen. So würde Österreich etwa von einem gemeinsamen Verteilungsschlüssel profitieren, ebenso von einem Außengrenzschutz, wo differenziert und registriert wird und man Asylansuchen stellen kann. Wir haben in der EU Probleme, weil Mitgliedsstaaten Flüchtlinge weiterschieben, anstatt ihre Hausaufgaben zu machen. Wir brauchen daher gemeinsame Entscheidungsgrundlagen. Die meisten Mitgliedstaaten konzentrieren sich auf ihr individuelles Problem und geben nicht zu, dass die Hauptursache dafür die Nichteinhaltung europäischer Regeln ist. Sie machen es aber national zu einer Schuldzuweisung an die EU.

Und blockieren gleichzeitig gemeinsame Beschlüsse.

Karas: Das hängt mit mangelndem politischen Willen zusammen. Das schwächt die EU, obwohl sie Teil der Lösung ist. Die Lösungen liegen auf dem Tisch. Ich hatte im EU-Parlament den Vorsitz bei der letzten großen Asyl- und Migrationsdebatte. Nach eineinhalb Stunden habe ich mir gedacht, die Redner von Sozialdemokratie, Christdemokratie, Liberalen und Grünen sollten rausgehen und die

Schnittmenge ihrer Reden fest-schreiben. Politische Mitte heißt Bereitschaft zur Zusammenarbeit, Dialog mit der Bevölkerung und nicht mit deren Sorgen zu spielen.

Mittlerweile herrscht in der Asyl- und Migrationsdebatte ein Begriffswirrwarr.

Kohlenberger: In der Wissenschaft ist Migration der neutrale Überbegriff für alle Formen eines permanenten Ortswechsels. Der kann freiwillig erfolgen, etwa durch Arbeitsmigration, die wir dringend brauchen. Migration kann aber auch erzwungen sein: durch Konflikte und Krisen, aber auch durch ökonomischen Zwang oder die Klimakrise, allerdings haben wir noch keine rechtlichen Kategorien, die diesen Herausforderungen gerecht werden. Es muss uns aber bewusst sein, dass die reguläre Migration und Flucht kommunizierende Gefäße sind. Denken Sie an das hitzig diskutierte Beispiel der indischen Staatsangehörigen. Wenn es keine legalen Einreisemöglichkeiten für sie gibt, landen sie zwangsläufig auf der Asylschiene. Das ist für beide Seiten die schlechteste Lösung. Für den Nationalstaat ist das teuer, weil ein Asylantrag ein ganzes rechtsstaatliches Verfahren nach sich zieht. Das ist auch gut so. Aber durch die ökonomische Brille gesehen haben wir nichts von dieser Person, weil sie während des Verfahrens nicht arbeiten darf. Auch für die Betroffenen selbst ist das nicht ideal. Daher gilt es, das zu trennen. Stichwort Differenzierung. Auf der anderen Seite ist es wichtig, den Anspruch auf Schutz, wenn ein Asylgrund vorliegt, hochzuhalten. Daher brauchen wir sichere Außengrenzen für beide Seiten: für die Aufnahmeländer, weil wir wissen, wer kommt, und die Person wird auf die richtigen Schienen gelenkt. Für die Ankommenden, damit sie Rechtssicherheit haben und es nicht zu völkerrechtswidrigen



ZUR PERSON

Judith Kohlenberger, 36

Die Kulturwissenschaftlerin lehrt am Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien, wo sie zu Fluchtmigration, Integration und Zugehörigkeit forscht und lehrt. Ihre Arbeit wurde mehrfach ausgezeichnet. Sie engagiert sich mit der Initiative „Courage – Mut zur Menschlichkeit“ für legale Fluchtwege und gehört verschiedenen Expert:innenräten zum Thema Migration an. Sie hat mehrere Bücher verfasst, zuletzt erschien „Das Fluchtparadox: Über unseren widersprüchlichen Umgang mit Vertreibung und Vertriebenen“.

Pushbacks kommt, wie wir sie derzeit an vielen EU-Außengrenzen erleben.

Karas: Derzeit wird bewusst vermischt: Es wird jeder Asylant zum Migrant, doch es ist nicht jeder Migrant ein Asylant. Dadurch wird jede Person zu einer Illegalen gemacht. Unser Wunsch an die politische Kommunikation ist zu differenzieren. Differenzierung reduziert die Verunsicherung. Zur Frage der Außengrenze muss gesagt werden: Die EU hat eine Schengen-Außengrenze und eine geografische Außengrenze. Ich trete dafür ein, dass diese beiden Grenzen ident sind, weil wir uns dann auch in der Gestaltung einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik leichter tun.

Österreich hat ein Veto gegen die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien in den Schengenraum eingelegt.

Karas: Es ist gut für die EU, wenn jeder Ankommende an der Außengrenze weiß, welche Rechte und Möglichkeiten er hier hat. Daher sollten geografische Grenzen und Schengen-grenzen ident sein. Wir wollen keine Festung Europa, in die niemand herein darf, sondern es soll ein Außengrenzschutz mit legalen Fluchtwegen und einer legalen Migrationspolitik, die wir ja brauchen, sein. Es ist nötig, dass man an der Außengrenze seinen Asylantrag abgeben kann, man muss auch darüber diskutieren, ob man diesen Schritt auch etwas vorlagern kann, etwa in die Botschaften.

Kohlenberger: Beim Begriff Festung sollte man bedenken, dass im Mittelalter jede Festung eine Zugbrücke hatte, genau für Menschen, die auf der Suche nach Schutz waren. Wenn der Begriff Festung mehr Sicherheit suggeriert, von mir aus –, aber bitte mit legalen Zugangswegen.

Nur etwa ein Viertel der Asylsuchenden kommt über ▶

die sogenannte Balkanroute oder das Mittelmeer, ist im Buch nachzulesen. Wird die Asyldebatte mit den falschen Floskeln geführt?

Kohlenberger: Der allergrößte Teil der Migration sind Arbeitsmigration und punkto Flucht legale Familienzusammenführungen. Nicht nur der österreichische, auch der deutsche oder der spanische Arbeitsmarkt würden zusammenbrechen, wenn wir keine migrantischen Arbeitskräfte hätten. Migration ist Normalität in Europa. Wir reden darüber aber im Dauerkrisenmodus, als würden wir kurz vor dem Untergang des Abendlandes stehen. Da sind wir wieder bei diesem Begriffswirrwarr: In Österreich wird mit Asylantragszahlen und Grundversorgungszahlen wild herumgeschmissen, da kann ich gut nachvollziehen, dass viele Menschen aus der Debatte aussteigen. In die Antragszahlen fallen etwa auch in Österreich geborene Kinder, deren Eltern asylberechtigt sind, hinein, und es wird so getan, als würden die alle übers Mittelmeer oder die Westbalkanroute kommen. Was wir zudem selten im Blick haben, ist, dass vergangenes Jahr wieder Tausende im Mittelmeer ums Leben gekommen sind und auf der Westbalkanroute Menschen unter unmenschlichen Zuständen hausen müssen, aufgrund eines Grenzregimes, das nicht im Einklang mit den Grund- und Freiheitsrechten ist.

Karas: Wir werden immer mit Flucht konfrontiert sein. Die Fluchtursachen werden mehr, es gibt nicht nur Krieg, sondern auch Vertreibung, Gewalt, Hunger, die Klimakrise. Europa muss alles tun, um die Fluchtursachen vor Ort zu minimieren. Das muss in der EU besser koordiniert werden und darf sich nicht nur auf die Entwicklungszusammenarbeit reduzieren. Es darf nicht so sein, dass einzelne Länder nur dort etwas machen, wo sie sich selbst einen Vorteil versprechen. Wir müssen der



ZUR PERSON

Othmar Karas, 65

Der Niederösterreicher studierte Politikwissenschaft sowie europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht. In die Politik startete er als Obmann der Jungen ÖVP. Er war Nationalratsabgeordneter, Generalsekretär der ÖVP und ist seit 1999 im EU-Parlament, wo er Erster Vizepräsident ist. 2018 unterstützte er die Initiative „Ausbilden statt Abschieben“ des damaligen oö. Integrationslandesrates Rudi Anschober. Neben der Politik ist er Präsident des Hilfswerks.

Bevölkerung gleichzeitig klar sagen: Wir brauchen Migration, schon aufgrund der demografischen Entwicklung. Und wir werden gleichzeitig immer Verantwortung für Flüchtlinge haben. Wir wollen, dass das gerecht, rechtssicher und sozial verträglich passiert. Noch eine Sache zum Außengrenzschutz: Was nicht geht, ist zu sagen, wir wollen einen gemeinsamen Grenzschutz, aber wir wollen nicht zahlen. Wir lösen damit ja schließlich auch ein Problem, das bei uns entsteht.

Wenn es an den Außengrenzen ein beschleunigtes Asylverfahren geben soll, wie macht man das rechtssicher? Wir sehen ja jetzt, dass viele Entscheidungen in der nächsten Instanz ganz anders ausfallen.

Kohlenberger: Wichtig ist festzuhalten, dass Asyl immer eine Einzelfallprüfung ist. Zudem, und da unterscheiden wir uns von fast allen anderen Akteuren, dass wir die Asylverfahren auf europäischem Territorium sehen. Das ist ein zentraler Punkt der Genfer Flüchtlingskonvention und des Völkerrechts. Wichtig ist aber auch die Lastenverteilung. Wenn die Verfahren in den Ländern an den Asylaufußengrenzen stattfinden, dann sind diese überproportional betroffen. Da gilt es auch festzuschreiben, dass jene Personen, die in einem rechtsstaatlichen Verfahren aufgenommen, dann in Europa verteilt werden. Das ist ein Knackpunkt. Österreich tritt auf europäischer Ebene gegen eine solche Verteilung von Geflüchteten auf, obwohl wir massiv davon profitieren würden, weil dann ja gar keine unregistrierten Menschen nach Österreich kommen würden. Das ist ja genau der Kontrollverlust, den die Leute wahrnehmen und den niemand will. *Karas:* Es geht auch um Grundstandards bei der Versorgung. *Kohlenberger:* Ein wichtiger Punkt. Ein nicht unerheblicher

Anteil jener Menschen, die über die Balkanroute durch alle Länder durchgewunken werden, bis sie in Österreich landen, haben in Griechenland Asyl erhalten. Aber dort wurden die Versorgungsstandards für Flüchtlinge in den letzten Jahren massiv nach unten nivelliert. Die Menschen sind obdachlos, erhalten keine Nahrungsmittel, nichts. Das ist ein klarer Bruch der EU-Aufnahmerichtlinie. Das hat dazu geführt, dass sie auf eigene Faust weiterwandern, was aber bei der Bevölkerung Ängste auslöst. Wir fordern ja immer Ordnung. Das sollte auch hier gelten.

Es muss eine einheitliche Behandlung von Flüchtlingen in allen EU-Ländern geben?

Karas: Wir müssen garantieren, dass die Dauer des Asylverfahrens, das Asylrecht, die Behandlung in allen Ländern gleich ist, dass man nicht mehrfach in der Union um Asyl ansuchen muss. Wir müssen uns einen Rahmen geben, der von allen einzuhalten ist. Es muss klar sein, wer macht was. Frontex müsste zu einer klassischen Außengrenzschutzagentur werden – nicht nur eine Krücke für die Mitgliedstaaten sein, die sie oft gar nicht annehmen, weil sie sagen, wir können alles alleine, keiner vertraut dem anderen. Und, noch ein Punkt: Wie bekämpfen wir das Schlepperunwesen? Das ist eine zutiefst humanitäre Herausforderung.

Menschen, die kommen, sind entweder auf der Asylschiene oder auf der Arbeitsmigrationsschiene. Wäre es sinnvoll, dass man die Schiene wechseln kann? Asylsuchende können Qualifikationen haben, die wir brauchen, hängen aber im Verfahren fest, ohne arbeiten zu dürfen. Wenn sie kein Asyl bekommen, müssen sie das Land verlassen, obwohl wir sie brauchen.

Kohlenberger: Es braucht die Möglichkeit für diesen Spurexwechsel. In Deutschland gibt es jetzt die Möglichkeit, dass auch abgelehnte Asylwerber, die eine Arbeitsplatzzusage in Mangelberufen vorweisen können, bleiben dürfen. Es gibt dafür strenge Kriterien, aber Deutschland hat erkannt, dass es ein Problem mit dem Arbeitskräftemangel hat. In Österreich gab es dazu eine parteiübergreifende Initiative von Rudi Anschober, „Ausbilden statt Abschieben“, die wir beide unterstützt haben. Aber das Problem des Fachkräftemangels wird man so nicht lösen. Da geht es um einige wenige Menschen, nicht die große Masse.

Kohlemine verwendet, der stirbt, wenn der Sauerstoffgehalt zu gering wird. Grundrechtsverletzungen an den EU-Grenzen seien ein solches Warnsignal für den Verlust unserer Werte. Wie weit sind wir in diesem Prozess schon gesunken?

Kohlenberger: Nicht von ungefähr ist es so, dass in europäischen Ländern, wo die Rechte von Schutzsuchenden mit Füßen getreten werden, wie Ungarn oder Polen, auch auf anderen Ebenen eine Rechtsstaatlichkeitskrise herrscht. Die Beschneidung von Grund- und Freiheitsrechten marginalisierter Gruppen, wie eben Geflüchteter, ist häufig das

„Manche Politiker zeigen mit ihrem Verhalten, dass sie nicht fähig sind, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen“



Karas: Ich denke, wir müssen die beiden Dinge in der rechtlichen und der politischen Debatte voneinander trennen. Wir lösen über das Asylrecht den Arbeitskräftemangel nicht. Ich bin für ein sehr sauberes, gemeinsames Asylrecht, das alle Aspekte von Flucht und Asyl abdeckt. Und wir brauchen sehr klare Regeln für Arbeitsmigration. Die Schnittmenge zwischen den beiden ist klein und noch dazu von Land zu Land unterschiedlich. Aber europaweit sollten wir Menschen nicht abschieben, die zwar kein Recht auf Asyl haben, aber einen anderen Status bekommen könnten, weil sie Fähigkeiten oder Talente haben, die uns nützen.

Frau Kohlenberger, Sie haben in Ihrem Aufsatz das Bild des Kanarienvogels in der

Einfallstor für die Beschneidung der Rechte etablierter Gruppen in der Gesellschaft. Da muss man wachsam bleiben. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns gezeigt: Wenn die Bomben ein paar Hundert Kilometer weiter westlich fallen, wären wir es, die Schutz bräuchten. Es geht also nicht um einen Gegensatz, wir versus die Flüchtlinge. Viele der 2015 nach Österreich gekommenen Menschen waren in der Coronakrise bereits Systemhalter. Sie wollen nichts anderes als wir: in Sicherheit und Frieden leben. Es eint uns mehr, als uns trennt.

Wie wollen wir andere Länder davon überzeugen, dass die Demokratie und die EU das bessere Lebensmodell sind, wenn wir unsere Werte nicht hochhalten?

Karas: Die liberalen Demokratien und die Europäische Union sind herausgefordert, nach innen und nach außen. Die politischen Probleme in der EU sind ja oft auch dadurch gegeben, dass in manchen Ländern die liberalen Grundprinzipien verraten werden und sie in autoritäre Verhaltensweisen schwenken. Für mich ist sehr wichtig zu zeigen, dass das Gemeinsame ein Instrument für die Lösung von Problemen ist. Die Frage ist, wie lösen wir die Spannungen, die die Migration und die Asylkrise verursacht haben, und die Ängste und Sorgen, die in vielen Fällen auch zu Recht bestehen? Das wird der Lackmestest für die Verantwortungsfähigkeit und die Gestaltungsfähigkeit von Politikern. Da zeigen mir manche mit ihrem Verhalten, dass sie nicht fähig sind, politische Verantwortung für das Gemeinwesen und für die Zukunft zu übernehmen. Wer die Gesellschaft spaltet, wer sich den Rändern anbietet und die Polarisierung zum Programm macht, verletzt unsere Werte. Wir zeigen mit unserem Buch, dass man trotz aller Unterschiede ein gemeinsames Ziel haben und aus dieser Pattsituation herauskommen kann. Es ist einfacher, als viele glauben.



Das Buch

Expertenmeinungen zum Thema Asyl haben Judith Kohlenberger und Othmar Karas im Buch „So schaffen wir das“ zusammengetragen. Erschienen bei edition a, 24 Euro